

NEUSTADT-KURIER



1. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



April 1987



Die CSU-Stadtratsfraktion: Jürgen W. Heike, Gehrhard Knoch, Jürgen Petrautzki, Bernhard Häfner, Erich Müller, Dr. Hans Motschmann, Leonhardt Weitz, Arno Bätz

Wir über uns

Die Stadtratsfraktion der CSU in Neustadt kann im Gegensatz zur Partei, die 1986 ihr 40jähriges Gründungsjubiläum feiern konnte, nur auf eine verhältnismäßig kurze Geschichte zurückblicken: Erstmals bei der Stadtratswahl im Jahre 1956 konnte sie ein Mandat (ein einziges) erringen. Es dauerte noch acht Jahre, bis es zur Bildung einer CSU-Fraktion mit zwei Mandatsträgern kam. 1972 konnte die Mandatszahl auf vier erhöht werden und während der laufenden Legislaturperiode, nämlich 1976 vergrößerte sich die Fraktion durch den Übertritt der vier Stadtratsmitglieder der Neustädter Gemeinschaft (NG) auf acht. Bei der Kommunalwahl 1978 konnte die CSU-Fraktion 11 von 24 Mandaten erringen und die relative Mehrheit im Stadtrat erreichen. Entgegen allgemeiner Erwartungen konnte dieser Stand bei den Kommunal-

wahlen 1984 nicht gehalten werden. Partei und Fraktion konnten offensichtlich bei zwei wahlbeeinflussenden Themen die Bevölkerung nicht ausreichend informieren, was den Verlust von zwei Mandaten nach sich zog. Die verbliebenen neun Mandate reduzierten sich 1985 durch den Austritt eines Mitglieds von Partei und Fraktion auf acht, weil dieser die Unterstützung für seine von ihm gewollte Kandidatur zum Amt des OB nicht erhielt. Somit stellt die CSU ein Drittel der Neustädter Stadträte. Die CSU-Fraktion ist ein eingespieltes Team, in der jeder seine Aufgabe hat und auf Grund von Kenntnis und Erfahrungen seinen Beitrag im Zusammenspiel aller Kräfte leistet. Jeder ist für jeden Bürger Ansprechpartner und trotzdem Spezialist für bestimmte Aufgaben in der Fraktion. So dürfen wir Ihnen unsere Fraktionsmitglieder vorstellen:

CSU

Gewerbliche Wirtschaft und Soziales:

Arno Bätz, Geschäftsführer, Vertreter im Werkausschuß und im Ausschuß für Fragen des Umweltschutzes.

Hoch- und Tiefbau und Verkehr:

Bernhard Häfner, Dipl. Ing. (univ) ist 3. Bürgermeister und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, er arbeitet im Verwaltungs- und Bauausschuß mit.

Jugend-, Sport- und Rechtsfragen:

Jürgen W. Heike, Rechtsanwalt, vertritt im Kultur-, Sport- und Städtepartnerschaftsausschuß und im Steuerausschuß die Fraktion.

Probleme der Stadtteile:

Gehrhard Knoch, Technischer Angestellter, arbeitet im Ausschuß für Kultur-, Sport- und Städtepartnerschaft, für Wirtschaft und Verkehr, im Steuer-, im Rechnungsprüfungs- und im Umweltausschuß mit.

Umweltschutz/Daseinsfürsorge:

Dr. Hans Motschmann, Oberarzt a. D. arbeitet im Verwaltungs- und Umweltausschuß mit.

Haushaltsrecht, Rechnungswesen, Steuern:

Erich Müller, Kaufmann, ist Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Verwaltungs-, des Werks- und des Steuerausschusses.

Schul- und Kulturfragen:

Jürgen Petrautzki, Studienrat, ist im Kultur-, Sport- und Städtepartnerschaftsausschuß, im Bauausschuß, aber auch im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr tätig.

Rechnungsprüfung, Personalangelegenheiten:

Leonhardt Weitz, Polizeihauptkommissar, ist Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses und arbeitet im Bau- und Werksrat sowie im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr mit.

(Fortsetzung nächste Seite)

KALENDER

1.4.87, 20.00 Uhr Frauen-Union in der „Alten Post“ mit Bericht über Kreis- und Bezirksneuwahlen der FU

1.5.87, Maiwanderung der CSU mit anschließendem Beisammensein in der Märchenschau

6.5.87, Frauen-Union: Kommunalpolitische Informationen (20.00 Uhr „Alte Post“)

Es ist kein Zufall, daß die Fraktion ihr ältestes Mitglied, nämlich Erich Müller, zum Fraktionsvorsitzenden wählte, weil dieser über eine jahrzehntelange, auch vom Gegner anerkannte kommunalpolitische Erfahrung verfügt. Es ist auch gewollt, daß das jüngste Fraktionsmitglied Bernhard Häfner, für das Amt des 3. Bürgermeisters vorgeschlagen wurde.

Apropos Wahl von stellvertretenden Bürgermeistern: Es ist auch bei der Wahl der stellvertretenden Bürgermeister, die aus dem Stadtrat zu wählen sind, deutlich geworden, daß die SPD in Neustadt einen Nachholbedarf in Demokratie-Ausübung hat: Als wir 1978 von den Wählern zur stärksten Fraktion gewählt wurden, wäre es nach den ungeschriebenen „Spielregeln“ recht und billig gewesen, uns das Amt des 2. Bürgermeisters zu übertragen. Das hat die SPD zusammen mit ihren Helfershelfern (der Wählergruppe Bergmann) im Stadtrat zu verhindern gewußt. Im Jahre 1985, nach der Wahl von Hellmut Grepel zum OB, hätte uns, diesmal als zweitstärkste Fraktion, wiederum das Amt des 2. Bürgermeisters zugestanden. Aus fadenscheinigen

Gründen hat man es aber abgelehnt unseren 3. Bürgermeister in dieses Amt aufrücken zu lassen. Nach einigen (durchschaubaren) Manövern wurde mit Klaus Großmann ein weiterer SPD-Mann zum 2. Bürgermeister gewählt, damit man in der Spitze der Verwaltung nach dem Motto „gleiche Brüder, gleiche Kappen“ weiterhin unter sich ist. Man kann durch Absprachen zwischen dem Oberbürgermeister und dem 2. Bürgermeister die Terminfragen so regeln, daß der 3. Bürgermeister im Amt kaum zum Zuge kommt.

Es kann unterstellt werden, daß die CSU trotz der unglücklich verlaufenen Kommunalwahl im Jahre 1984 die stärkste politische Kraft in Neustadt ist. Die einstige SPD-Hochburg Neustadt ist nicht mehr vorhanden, die Bundestagswahl 1987 hat den Stimmenanteil der SPD auf unter 40% absinken lassen. Das hindert allerdings die SPD-Stadratsfraktion mit ihrer absoluten Mehrheit nicht, insbesondere, auf dem Personalsektor ihre Macht auszuspielen. Dort, wo der Bürger nicht Einsicht nehmen kann, weil die Entscheidungen vertraulich fallen, wird hem-

mungslos nach dem Parteibuch entschieden. Wir dürfen, weil Vertraulichkeit die Stadträte verpflichtet, darüber nicht sprechen. Aber es dürfte für den einheimischen Bürger kein Problem sein, die Verbindungen zwischen Anzahl von Stadtbediensteten und der SPD festzustellen (unser Vorschlag: Lesen Sie doch mal Berichte über die Vertrauensleuteversammlung der SPD oder Versammlungen dieser Partei!!).

Trotz der SPD-Mehrheit sind wir aber nicht ohne Einfluß. Nicht immer können unsere sachverständig vorgetragenen Argumente von der SPD-Mehrheit bedenkenlos zur Seite geschoben werden. Nicht immer kann man an unseren vernünftigen Vorschlägen vorbeigehen. Nicht immer kann man unsere Argumente in den Wind schlagen. Das macht unsere Stärke trotz stimmenmäßiger Unterlegenheit im Stadtrat Neustadt aus. Was dort passiert, welche Auffassungen wir dazu haben, wollen wir Ihnen in unseren zukünftigen Ausgaben des „NEUSTADT-KURIER“ mitteilen. Wir würden und freuen, wenn wir Sie mit diesem Kurier umfassend informieren könnten. em

Das Häuschen am Friedhof

Eigentlich sollte man gar nicht glauben, worüber alles gestritten werden kann. Heftige Auseinandersetzungen mit persönlichen Erklärungen des Oberbürgermeisters („Notfalls stehe ich alleine dafür!“) begleiten die Diskussion nach dem Abbruch des alten Krankenhauses um die neue Verwendung dieses freien Platzes. Das Stadtbauamt hat nunmehr erfreulicherweise 3 Alternativvorschläge vorgelegt:

- Freilassen des Platzes als Grünfläche mit Bäumen (Linde, Kastanie, Kugelhorn)
- Erstellung einer Unterstellhalle und daneben eine öffentliche Bedürfnisanstalt

c) Bedürfnisanstalt mit kleiner Wartehalle am Rande der Freifläche.

Die CSU hat sich für den 1. Vorschlag entschieden, da sie der Ansicht ist, daß dieses schöne Eingangsportal nicht durch eine Bedürfnisanstalt o.ä. verbaut oder verhandelt werden soll. Es ist auch nicht einsichtig, warum eine Bedürfnisanstalt in diesem Bereich notwendig ist, da im Friedhof selbst (Nebenraum der Leichenhalle) eine von der Öffentlichkeit benutzbare Toilette vorhanden ist. Im übrigen ist sicherlich die Frage erlaubt, ob beim Eingang eines Friedhofes eine Bedürfnisanstalt sehr pietätvoll ist.

Nicht vergessen werden soll übrigens, daß bisher zwar immer wieder von der an-



geblichen Notwendigkeit einer solchen „Bedürfnisanstalt“ im Stadtrat gesprochen wurde, andererseits aber seit Jahrzehnten ohne eine solche ausgekommen werden konnte. Nunmehr soll im Rahmen der Marktplatzsanierung neben oder unter dem Bratwursthäuschen (welch ein Gedanke!) eine weitere Bedürfnisanstalt entstehen, so daß auch aus diesem Grunde keine weitere Anstalt unmittelbar beim Friedhof notwendig erscheint. Wie wenig diese Bedürfnisanstalt in Wirklichkeit genutzt wird, zeigt das Beispiel am Arnoldplatz: Dort wurden in einem Kiosk zwar Toiletten eingebaut, diese aber kaum genutzt, so daß gar nicht aufgefallen ist, daß der Besitzer sie für den Publikumsverkehr wieder geschlossen hat! jh

Soziale Kälte

Mit diesem Wort hat die SPD in den letzten Bundestags- und Landtagswahlkämpfen versucht die Politik der Union zu verunglimpfen. Wie schnell solch ein Begriff als Bumerang zurückkommen kann, sehen wir in Neustadt:

Im Rathaus, im Bereich des ehemaligen Stadtpolizeidomizils, residiert das Landratsamt mit einer Außenstelle. Die Kfz-Meldestelle ist beliebt, dies sieht man daran, daß Zulassungen aus Weidhausen, Sonnefeld, Rödental und natürlich Neu-

stadt im großen Maße hier vorgenommen werden. Daneben befindet sich die Sozialhilfieverwaltung, also die Stelle, die den Ärmsten der Armen Hilfe und Unterstützung gewähren soll. Beide Außenstellen sollen nach Willen des Landrats Knauer (SPD) nach Fertigstellung des neuen Landratsamtes abgezogen werden. Die Neustadter SPD hat es bisher nicht geschafft ihren Parteigenossen davon zu überzeugen, daß dies ein echter Akt von sozialer Kälte ist. Stadtrat De Roj (SPD) hielt dem Landrat in einer öffentlichen Sitzung (von der CSU gegen den Willen des SPD-OB durchgesetzt) vor,

daß bei einem Sozialhilfe-Tagessatz von 12,- DM für die Fahrt eines Sozialhilfebedürftigen nach Coburg (Bundesbahn und schließlich Bus, weil das neue Landratsamt am Rande der Stadt steht) ca. 8,- DM kostet. Nur für die Fahrt zur Beantragung von Sozialhilfe ist schon fast ein ganzer Tagessatz des Hilfsbedürftigen verbraucht!

Wünschen und hoffen wir, daß das Anliegen der CSU erfolgreich ist:

Die Außenstelle des Landratsamtes muß im Interesse unserer Bürger erhalten werden!

jh

Patengabe

„Die CSU ist ganz schön aktiv in Neustadt“ ist die Meinung vieler Bürger. Ein Ausdruck dieser erfolgreichen Aktivität im Interesse der Stadt und seiner Bürger ist die Einführung einer „Patengabe“. Zwar hat die CSU den Antrag gestellt, daß für die Erstausrüstung jedes Kindes (auch für das Erste!) eine einmalige Zuwendung von 1000,- DM an in Neustadt wohnende Mütter gegeben werden soll, die SPD mußte jedoch (weil sie keine eigene Idee hatte) daran herummäkeln und dies abändern. So wird nunmehr ab dem 2. Kind ein Betrag von 1500,- DM gewährt, wobei für jedes darauffolgende Kind 500,- DM mehr ausgeschüttet werden. Als Einkommensgrenze werden 48000,- DM (für die alleinstehende Mutter genau wie für das Ehepaar) festgelegt. Letzteres wird sicherlich noch Streit geben, da nicht einzusehen ist, daß eine Familie gegenüber einer alleinstehenden Mutter schlechter gestellt werden soll. Sinn und Zweck dieser Patengabe ist insbesondere das Zeichen der Stadt, daß sie die Familien, die bereit sind die Verantwortung und die Arbeit für die Erziehung von Kindern zu übernehmen, auch mit einem kleinen Betrag unterstützen wollen. Kinder sind teuer, sie sind uns aber alle gleich viel wert, deswegen ist unverständlich warum nicht auch für das erste Kind, das immer das teuerste ist, weil alles neu angeschafft werden muß, ebenfalls der Zuschuß gewährt werden kann. Auch dies ist ein Zeichen der sozialen Ansichten der heutigen SPD in Neustadt.

Es wäre schön, wenn durch diese Hilfestellung der Stadt die eine oder andere Abtreibung vermieden und der eine oder andere neue Erdenbürger in Neustadt begrüßt werden könnte. Für die Zukunft unserer Stadt, die unter großen Abwanderungsverlusten leidet, wäre dies sicherlich ein erfreulicher Aspekt.

jh

Wenn die Klugen immer nachgeben,
werden die Dummen bald
die Welt beherrschen.

Wahrheit oder Märchen?

Es war einmal eine Frau, die gerne als Putzfrau gearbeitet hätte. Da kam eine gute Fee und sagte ihr, sie solle sich doch einmal bei ihrer Gemeinde bewerben. Da sie schon als Putzfrau gearbeitet habe und schwerbehindert sei, sei sie als bevorrechtigte Bewerberin doch sicher, diese Arbeitsstelle zu erhalten. Gesagt, getan. Als die Fee bei den Ratsherren ein gutes Wort einlegen wollte, konnte sie jedoch nicht Einlaß erhalten, da eine „Nicht-öffentliche Sitzung“ angesetzt war. Die Fee dachte sich jedoch nichts dabei, weil sie ja wußte, daß im Gemeinderat die Par-

tei, die immer die Schwachen und die Armen zu unterstützen vorgab, die Mehrheit hatte. Diese Partei hatte erst wenige Tage zuvor wieder bei Wahlen verkündet, daß sie ein Herz für die Armen habe.

Wie enttäuscht war doch die Fee, als sie dann die Entscheidung des Rats hörte: Nicht die schwerbehinderte und erfahrene Putzfrau wurde eingestellt, sondern eine andere. Da fröstelte die Fee vor lauter sozialer Kälte!

Märchen oder Wahrheit? Manche Märchen berühren auf Wahrheit!

em

Verzögerung

Jetzt ist es also amtlich: Die Mitarbeiter des Heimat- und Museumsvereins haben „fristlos“ gekündigt. Die Begründung, daß man sich überfordert fühle, muß zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Solange nämlich diese Kräfte im Rahmen der Arbeitsbeschaffung tätig waren, waren sie offensichtlich nicht überfordert, denn da konnten sie schon 2 Jahre arbeiten! Jetzt, wo ein neuer Arbeitgeber, nämlich der Heimat- und Museumsverein, die Dienstherrschaft

übernommen hat, scheint plötzlich eine „Streßsituation“ eingetreten zu sein. Es ist schon bedauerlich, wenn durch solche Situationen die baldmögliche Eröffnung des Museums verzögert wird und der Wunsch, daß möglichst viele auswärtige Gäste unser schönes Museum wieder besuchen können, auf längere Zeit verschoben werden muß. Auch durch die Einrichtung einer Sonderausstellung in den dafür vorhandenen Räumen hätte man zumindest eine Teilausstellung vornehmen können. Hoffen wir, daß die auswärtigen Gäste durch die lange Schließungszeit nicht verprellt werden und später wieder zu uns nach Neustadt finden!

jh



Der Wähler hat entschieden

Der Ortsverband der CSU hat allen Grund mit dem Ergebnis der Bundestagswahl zufrieden zu sein und den Wählerinnen und Wählern zu danken, die ihre Stimme der CSU gaben. Mit einem Stimmenanteil von 50,55% haben sie die Position der CSU in Neustadt überzeugend bestätigt. 5.308 Bürger haben die CSU bei der Bundestagswahl in Neustadt gewählt. Die geringe Wahlbeteiligung (nur 82,5%) ist ein wesentlicher und neuartiger Bestandteil des Wählerpotentials, das als Zurückhaltung gegenüber dem politischen System gedeutet werden kann. Eine so geringe Wahlbeteiligung hat es in Deutschland seit der 1. Bundestagswahl nicht mehr gegeben. Die Einbußen der CSU von nur 1,8% (im Vergleich zur Bundestagswahl 1983) waren gering. Sie müssen aber ernst genommen werden, denn die Wahlenthaltung schadet allen großen Parteien und demokratischen Kräften.

Die eigentliche Überraschung der Bundestagswahl ist, daß die Regierungskoalition sich zwar behaupten konnte, aber nicht gewonnen hat, während die Opposition zwar zunahm, aber die Wahl verlor. In Neustadt gelang der FDP wieder der Sprung über die 5%-Hürde, da sie 5,1% der Wählerstimmen erzielte.

Dieses Wahlverhalten macht deutlich, daß die Bürger vor allem demokratische Parteien gewählt haben. Der geringe Anteil der Grünen in Neustadt mit 3,3% ist vielleicht auch dadurch zu erklären, daß hier die SPD versuchte, die Grünen links zu überholen. Erfreulich ist, daß Splitterparteien in Neustadt keine Rolle spielen. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Mehrheit des Volkes die liberal-konservative Regierung als kompetent und zukunftsweisend erachtet. Es konnte eine sichere Grundlage errungen werden, so daß für die nächsten 4 Jahre die Geschicke der Bundesrepublik ohne größere Probleme gelenkt werden können.

Die SPD hat im Bund das schwächste Ergebnis seit 1961 erzielt. Der Griff nach den Sternen (eine eigene absolute Mehrheit)

ging daneben. Dies macht deutlich, daß die Partei mit der Erneuerung, die sie nach dem Rückschlag der Märzwahl 1983 auf ihre Fahnen schrieb, in den vergangenen 4 Jahren kaum weiter kam. Das ist der Zustand einer Partei, die kein klares politisches Profil mehr hat, die dabei ist, ihren Anspruch als große Volkspartei zugunsten einer radikalen Linkspartei aufzugeben. Die SPD hat sich von der Erschöpfung nach 13 Jahren Regierung immer noch nicht erholen können. Sie hat weder Kompetenzvorsprung, noch verfügt sie über überzeugende Personalangebote. Der Streit um die Zusammenarbeit mit den Grünen ist hier symptomatisch.

Der Niedergang der SPD läßt sich auch in ihrer ehemaligen Hochburg Neustadt nachvollziehen, wo sie noch 1972 53,8% der Wählerstimmen erreichte, während sie heute nur noch 39,5% erzielte. Die SPD hat sich mit den Stichworten „Arbeitslosigkeit“, „Soziale Kälte“ und „Ellenbogengesellschaft“ mehr Wirkung erhofft. Man mußte ja auch arg verboht sein, wenn man die wirtschaftlichen Grunddaten der letzten Jahre übersehen wollte. Die Masse der Wähler hat erkannt, daß durch stabile Preise, steigendes Einkommen und 600.000 neue Arbeitsplätze eine beruhigende Zukunftsperspektive aufgezeigt werden konnte.

Wähler treffen ihre Entscheidungen nicht nach Visionen oder Utopien, sondern nach der Wirklichkeit, in der sie leben.

Die Macht ist fein verteilt: Knappe Mehrheiten, Ausdruck des Wunsches nach wenig Veränderung und viel Kontrolle der Macht, erfordern einen hohen Wahlkampfesatz. Sie sind eine große Verpflichtung dem Wählerwillen gerecht zu werden. Die guten Ergebnisse bei der Landtags- und Bundestagswahl geben die Hoffnung, daß auch bei den Kommunalwahlen sich die Politik des Augenmaßes und der Bürgernähe gegen Ideologie- und Parteibuchwirtschaft durchsetzen kann.

Aufgschnabbd

Die Stadträte der CSU sind doch böse Menschen!

Haben sie doch tatsächlich eine Erhöhung der Müllgebühren abgelehnt!

Albert Koch, als ehemaliger Schulmeister verteilte Noten im Fach „Demokratie“: Die CSU sollte gefälligst bei unpopulären Entscheidungen mit der SPD stimmen, noch dazu, wenn dies in einer öffentlichen Sitzung geschieht, ansonsten wäre das schlechter demokratischer Stil! Setzen! – Sechs!

Daraufhin 3. Bürgermeister Häfner in einem Zwischenruf: „Bei Personalentscheidungen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, braucht ihr doch unsere Stimmen auch nicht!“

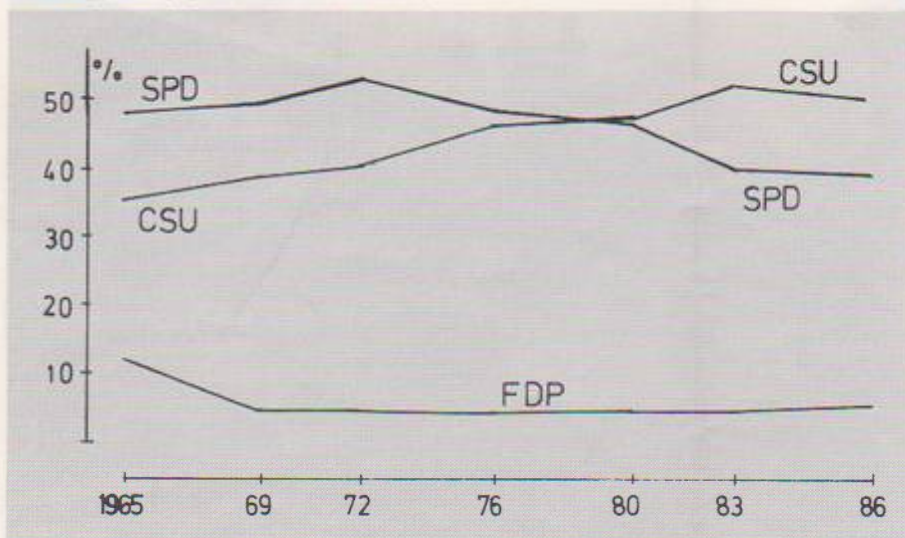
In der Tat: Bei Personalentscheidungen werden Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der SPD-Stadträte gefällt. Bestenfalls Stimmen aus dem versprengter Häuflein der Wählergruppe sind als demokratisches Feigenblatt gerne gesehen. Schon jetzt werden Wetten angenommen, daß der zukünftige Rechtsrat wieder einzig und allein von der absoluten SPD-Mehrheit eingestellt wird!

In der Sitzungspause gab dann ein Zuhörer folgendes Beispiel zum Besten: „Die CSU hot Racht, ich wor dobei, wie ener im Wertshaus dozialt hot, des ar sich bei do Stadt beworb'n hot. Do is ar net genumma wor'n. Als ar Mitglied bei do SPD wor'n ist und sich widdo gemaldt hot, ham'sa na gleich eigstellt!“ So hat eben Demokratie auszusehen!

Schwieriger, beileibe nicht unlösbar, ist der Fall, wenn jemand mit der richtigen, roten Weltanschauung ausgestattet, aber partout keine offene Stelle für ihn zu finden ist. Was tun?

Dann muß eben eine Stelle geschaffen werden: Erst Jugendpflegerin, dann Umweltberater... Was noch?

Ein Schuft, wer Böses dabei denkt! bh



„Die Neustadter dürfen auch in Zukunft weiter ihre Geschäfte auf dem Marktplatz verrichten“ (OB Grempel am 12.2.87, als er meinte, daß trotz verkehrsbeschränkter Zone auf dem Markt eingekauft werden könnte!)